

Protokoll über die Sondersitzung des Beirates für Partizipation und Integration vom 14.05.2024

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

TOP 1: Protokollkontrolle über die Sitzung vom

Das Sitzungsprotokoll vom 12.03.2024 wird in der vorliegenden Form angenommen.

TOP 2: Bericht aus dem Bezirksamt

Thema „Unterkunft an der Hasenheide“

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann berichtet über den Austausch mit dem Beiratsvorstand. Unterbringung von Geflüchteten war zentrales Thema.

Hasenheide: Neue Gemeinschaftsunterkunft (GU) am Rudolfplatz mit ca. 151 Plätzen wird spätestens Ende Juni 2025. Einrichtung der GU Hasenheide Nähe Düttmannsiedlung (div. soziale Spannungen, Gewalt, Diskriminierung, Rassismus...) stellt eine Herausforderung dar. Gutes Zusammenleben mit Anwohnenden und Geflüchteten wird fokussiert. Modellprojekt: Verwaltung, Nachbarschaft und lokale Träger*innen arbeiten mit SPK BA F-K zusammen. (BezStR O. Nöll + SenV ASGIVA sind mit C. Herrmann im Austausch) Ressourcenfrage ungeklärt.

Julia Thöns (Leitung Bezirkliche Planung und Koordinierung) erhält das Wort und berichtet vom Prozessverlauf des Modellprojekts. Der Projektfokus liegt auf der Sozialraumorientierung und den Gegebenheiten vor Ort. Dazu ist die Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen von großer Relevanz.

Der Prozess ist mit einer internen Runde mit den Fachämtern des BA F-K gestartet, indem die Bedarfe der Fachämter abgefragt wurden. Die Mitglieder der Trägerrunde „Düttmannsiedlung“ wurden involviert. Im nächsten Schritt erfolgte eine Bedarfsabfrage innerhalb der Trägerrunde (vor Ort).

Die Prozessergebnisse gliedern sich in 3 Komplexe:

- Raumplanung Heinrichstr. / Angebote soziale Infrastruktur
- Bedarfe innerhalb der Einrichtung

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

- Bedarfe innerhalb des Sozialraums

J. Thöns verweist auf die Strategiekonferenz 2022/2023 dessen Inhalte ebenfalls in den Prozess/ die Bedarfsabfrage übernommen bzw. berücksichtigt wurden.

Die Bedarfssammlung wurde transparent und langfristig dargestellt und weitergegeben. *(Das Ergebnisprotokoll sowie die Bedarfssammlung der räumlichen Bedarfe und Ideen, die der Bezirk bisher erarbeitet und der Senatsverwaltung kommuniziert hat ist im Anhang dieses Protokolls zu finden)*

Kooperativer Planungsprozess soll strukturell gefestigt werden.

Ein Wunsch der bezirklichen Planung und Koordinierung ist es öffentl. Bereiche in der Unterkunft (für die Bewohnerschaft) einzurichten.

J. Thöns schließt ihren Bericht und eröffnet eine Fragerunde.

Nachfrage T. Gärtner: Schulausschuss Reinhardswaldschule. -> Skizzierung des Sachverhalts, dass der Schulbetrieb eingestellt werden soll. Sinngemäß fragt sie, ob die zu erwartenden 500 Kinder von dort nicht in den Räumlichkeiten der Reinhardswaldschule beschult werden könnten.

Antwort C. Herrmann: Geflüchtete sollen lt. LAF nicht lange in der GU Hasenheide bleiben.

S. Nell, Bezirksbeauftragte für Partizipation und Integration, trägt bei, dass ähnliche Themen auch in anderen Gremien diskutiert werden. Die Ombudsfunktion von S. Nell bei Fragen zu GUs wurde bisher nicht in Anspruch genommen. Auch die bezirkliche Geflüchteten-Koordination war im Prozess nicht involviert. Dieser Bereich liege regulär in Verantwortung der Geflüchteten-Koordination. Eine Absprache habe dennoch nicht stattgefunden. S. Nell äußert Bedenken diesbezüglich und fragt C. Herrmann nach der Begründung Ihrer Entscheidung, Ressorts zu verlagern.

Antwort C. Herrmann: Abfrage ging an bezirkl. Geflüchteten-Koordinatorin. Alle Abteilungen sind in der entsprechenden Runde aufgenommen/ in der Bedarfsabfrage berücksichtigt worden. Prozess lief über AG Planung; das Partizipationsbüro ist auf dem Verteiler. S. Nell erwähnt, dass dieser Prozess nicht im Partizipationsbüro angekommen ist.

Nachfrage N. Kurt anlässlich der Problematik des langen und anhaltenden Aufenthaltes von Geflüchteten -> Frage: Wie wird die Wohnungsbaupolitik einbezogen? Ist die HOWOGE dabei?

Antwort C. Herrmann: Ja, WBG sind dabei.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

K. Werth: Es ist wichtig die Beschulung der Kinder zu bedenken (aus Erfahrungen wissen wir, dass dies trotz Rechtsanspruch monatelang oft nicht realisierbar ist)! Daher sollten auch vielfältige frühkindliche Bildungsangebote (wie z.B. Griffbereit, Rucksack, KiTa Einstieg oder herkunftssprachlichen Unterricht) mitgedacht werden, die Angebote für die Kinder unterschiedlicher Altersgruppen (im Idealfall in Sprachen, die sie bereits sprechen) angeboten wird.“

B. Sanli: Wohnungsbaugesellschaften bereits involviert? Können alle Kinder im Bezirk beschult werden? (Konflikt der zeitlichen Überbrückung der Wartezeit)?

I. Iyidirli: Wie reagiert der Senat auf den Vorschlag des BA F-K / die Bedarfe der Stakeholder zu realisieren?

Antwort C. Herrmann: Problematik des Wohnungsbaus / Generalkritik / Büro-Leerstand / Hinweis auf bestehende Freiflächen u.a. in anderen Bezirken; Beirat PartInt soll sich mit Wohnungsbau Themen befassen. Der Idee des Senats Containersiedlungen zu errichten folgt das BA F-K nicht. C. Herrmann bevorzugt Anmietung von Bestandsgebäuden und Hotels. Stadtplanungsausschuss F-K diskutiert aktuell über mögliche Bauflächen. C. Herrmann macht keine Zusicherungen für Finanzierung.

Appell der Bezirksbürgermeisterin, dass Beirat PartInt sich aktiv am Prozess beteiligen soll. Sie erklärt, dass der Prozess noch im frühen Stadium ist und noch Gestaltungsraum möglich ist. Viele Detailfragen sind abschließend noch nicht geklärt.

Thema Appell vom 14.03.2024 zur Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

B. Sanli erklärt den Sachverhalt: Beirat leitete Appell an die Vorstandsvorsitzende C. Herrmann mit der Bitte diesen gemäß der Geschäftsordnung über das BA an die BVV weiterzuleiten.

BA F-K bewirbt sich auf nächste Förderperiode; die Diskussion im Beirat PartInt wird untersagt.

PartBüro erarbeitet Bewerbung inkl. Zeitplan.

S. Nell: Seit Anfang Mai 2024 bereitet Honorarkraft ein entsprechendes Handlungskonzept vor; Begleitausschuss zu „Demokratie leben!“ tagt Ende KW 20, nach inhaltlicher Prüfung Weitergabe (Verweis auf Abfrage) an BA. Kritik an Personalpolitik, da mit Honorarkräften gearbeitet werden muss. Die personelle Ausstattung des PartBüros ist stellenwirtschaftlich unzureichend und personelle Kontinuität maßgeblich im Förderprogramm Demokratie leben!“.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

C. Herrmann zum Sachverhalt: dieses Jahr wird die Stelle mit einer Honorarkraft abgedeckt, für das Jahr 2026 wird von ihr offensiv eine Lösung versprochen. S. Doğanay bekräftigt S. Nell und ist skeptisch ggü. dem Versprechen bzgl. einer adäquaten Stelle.

B. Sanli schlägt mit Verweis auf Rolle des Beirates PartInt die Installation einer Arbeitsgruppe zum Thema vor.

T. Usta schlägt vor, C. Herrmann im Prozess zu begleiten und dem Beirat regelmäßig zu unterrichten.

S. Nell ordnet für die Beiratsmitglieder die Strukturen von bezirksintern und bezirksamtsintern vor dem Hintergrund der Stellenbewirtschaftung.

T. Gärtner (spricht hier auch für die Grünen) versichert, die Personalstruktursicherung in die nächsten Haushaltsverhandlungen aufzunehmen. C. Herrmann unterstützt das.

S. Doğanay bittet C. Herrmann über das aktuelle Thema „FRIDA Frauenzentrum“ zu sprechen und wünscht Stellungnahme des Beirates PartInt. S. Doğanay kritisiert, dass keine empörte Reaktion kam. C. Herrmann schlägt Antwort aus, verlässt die Sitzung um 18:24 Uhr, T. Gärtner fasst zusammen: Stadtrat Kindler hat für sich gehandelt ohne den Jugendhilfeausschuss (JHA) anzurufen.

Forderung vom JHA: Kündigung zurücknehmen; Einrichtungen (Alia und Phantalisa) sollen wieder öffnen; der JHA ist wütend, Gedanke an Bildung eines Präzedenzfalls. Stimmung emotional und hochpolitisch bei vielen Protagonist*innen. Vorschlag vor Kündigung (2023): entsprechende Mediation. Bericht über Demonstrationen und den gehaltenen Beiträgen/ Debatten; gesamtgesellschaftliche Unzufriedenheit ist weiterhin zu spüren. Bürgerdeputierte: Wunsch auf Vertagung bei Antragsberatung (Änderungsanträge wurden eingebracht) Vorwurf an den Jugendstadtrat F-K bzgl. falschem Handeln. Erwartung: SPD, Linke und Grüne müssen sich gemeinsam zum Sachverhalt positionieren. Die Vorwürfe müssen aufgearbeitet werden.

Appell von N. Kurt: Thema „FRIDA Frauenzentrum“ in Bezug auf das weitergehende politische Gefüge um den Nahostkonflikt herum, in einer Sondersitzung des Beirates PartInt behandeln. Zustimmung der Mitglieder.

S.Nell: Bericht aus dem PartBüro zu antisemitischen und rassistischen Angriffen von Bürger*innen / Verzweiflung und Wut darüber (Ratlosigkeit/ Verzweiflung)

Der Beirat bittet die Geschäftsstelle offene Briefe des Migrationsrats Berlin und des Frauenprojekte Plenums zu FRIDA an Beirat PartInt weiterzuleiten.

F=Festlegung; I=Information; H=Hinweis; T=Termin; V=Vorschlag

TOP 3: Bericht aus dem Partizipationsbüro (aus zeitlichen Gründen verkürzt)

Beirat des Jobcenters F-K (Aufgaben, Turnus und Voraussetzung für Mitglieder sind der letzten Anlage dieses Protokolls zu entnehmen)
Aufruf an den Beirat, eine Organisation die als Berater auftreten, zu finden. Der Beirat spricht sich weiterhin für TIO e.V. aus. Eine Vertretung gibt es vorerst nicht.

TOP 4 Berichte aus den Arbeitsgruppen (aus zeitlichen Gründen entfallen)

TOP 5 (neu / auf der Sitzung eingeführt; Zustimmung, mit der Voraussetzung, dass keine weiteren Themen anstehen)
Austausch der Beiratsmitglieder / Netzwerkarbeit (0,5 h)

Workshop am 17.5.2024 fällt aus.

Die nächste Beiratssitzung findet am ?? 2024 um 17 Uhr im BVV Saal des Rathauses Kreuzberg in der Yorckstraße 4 - 11 in 10965 Berlin statt.



Hasenheide 23-27 - Raumbedarfe für soziale Infrastruktur in der Unterkunft für Geflüchtete

Bedarf	Räuml. Kategorie	Benötigte Fläche in m ² je Einheit (minimal)	Benötigte Fläche in m ² je Einheit (maximal)	Benötigte Fläche in m ² insgesamt	Verortung EG/OG	Erschließung - separater Außeneingang	ggf. zusätzliche Hinweise/ Anmerkungen	Fachamt/ Bereich
Beratungsräume								
Sozialberatung, Schwangerenberatung, Familienberatung	Beratungsraum	16	20	16-20	EG / OG	nein	PC/Drucker mit Anschluss an das Landesnetz notwendig (ITDZ benötigt erfahrungsgemäß etwa 1,5 Jahre Vorlauf für Anschluss)	Gesundheitsamt
2-3 Beratungsräume Mehrfachnutzung mit Vorraum für verschiedene Angebote, z.B. Sozialberatung, Fachkräftegewinnung/-beratung, Suchthilfe „illegaler Drogenkonsum, Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle für junge Menschen und geflüchtete Menschen, Migrantenselbstorganisationen, Verweisberatung mit Sprachmittlern, die die Personen bedarfsgerecht vermitteln	Beratungsraum	16	20	68-80	EG / OG	nein	Mehrfachnutzung Toiletten Internetzugang abschließbare Schränke Vertraulichkeit (z.B. abgeschlossener Raum, schallgedämpt) Wartebereich (20 m ²)	Amt für Soziales Wirtschaftsförderung OPK
Gruppenräume								
Raum EG als Tagungsraum für „Inklusive Angebote“ (offen für alle, barrierefrei) (Beratungsangebot, Bewegungs- und Begegnungsraum)	Tagungsraum	100	150	100-150	EG	nein	Mehrfachnutzung	OPK
Tagesstrukturierende und ergotherapeutische Angebote	Gruppenraum	50	100	50-100	EG / OG	nein	Mehrfachnutzung (z.B. Musikangebote mit VHS)	OPK
Arbeitsrecht durch das BEMA	Gruppenraum	30	50	30-50	EG / OG	nein	Workshops zum Thema Arbeitsrecht durch das BEMA (Gruppen von 15 bis 25 Personen), Mehrfachnutzung	Beauftragte für gute Arbeit
Gruppenangebote Kunst/Kreativraum	Gruppenraum	30	50	30-50	EG / OG	nein	Mehrfachnutzung	Trägerrunde Werner-Dütmann-Siedlung
VHS-Angebote (Integrations-/Sprachkurse)	Räume	mind. 7 Räume, um 100 TN zeitgleich zu unterrichten (ein Raum entspricht ca. 55 m ²)	max. 37 Räume, um 1.000 TN zeitgleich zu unterrichten (ein Raum entspricht ca. 55 m ²)	mind. 7 Räume, um 100 TN zeitgleich zu unterrichten (ein Raum entspricht ca. 55 m ²)		nein	Mehrfachnutzung der Räume denkbar, z.B. vormittags Willkommensklassen, nachmittags Integrations-/Sprachkurse; Gesamtkosten des Angebots inkl. Honorar-, Personal- und Sachkosten je nach Angebot zwischen 481.091,80 € bis 4.379.535,80 €/Jahr, wenn Räume, Reinigung und Wachschutz von der Unterkunft gestellt werden Ergänzend wären auch Wegweiskurse zur Erstorientierung im Bezirk in den Herkunftssprachen denkbar (zusätzliche Honorarkosten: 100.000 €/Jahr) personelle Ressourcen/Räume/Ausstattung müssen finanziert werden Weitere Informationen im Anhang "Zusätzliche VHS-Angebote in der geplanten Unterkunft Hasenheide"	Amt für Weiterbildung und Kultur

Angebote für Familien

<p>Familienangebote: Mehrere zusammenhängende Räume mit guter Erreichbarkeit von außen. Darunter sowohl kleinere Büro-, als auch größere Aufenthaltsräume.</p>	Räume				EG	wünschenswert	<p>Im Sozialraum keine Ressourcen für zusätzliche Kinder- und Jugendfreizeitangebote verfügbar --> Angebote bereits defizitär</p> <p>Das Jugendamt kann außerhalb der bestehenden Angebote der Regelfinanzierung keine weiteren Angebote ermöglichen. Deshalb sind im Rahmen der Standortplanung durch das LAF die entsprechenden Angebote in der Einrichtung mitzudenken.</p>	Jugendamt
<p>Jugendfreizeiteinrichtung 2,5 m² BGF/Platz pädagogische Nutzfläche plus Flächen für Sanitär, Flure, Abstellraum</p>	Einrichtung	ca. 2,5 m ² /Platz			EG	wünschenswert	<p>Gesamtbedarf abhängig von Anzahl der Jugendlichen in Unterkunft</p> <p>personelle Ressourcen/Räume/Ausstattung notwendig</p> <p>Das Jugendamt kann zusätzlich zu bestehenden Angeboten der Regelfinanzierung keine Angebote ermöglichen. Deshalb sind im Rahmen der Standortplanung durch das LAF die entsprechenden Angebote in der Einrichtung mitzudenken. Organisation, Umsetzung und Finanzierung des Angebots muss durch das LAF erfolgen.</p>	Jugendamt

Räume für Willkommensklassen

<p>Willkommensklassen für 400 Kinder (12 Kinder je Klasse)</p>	Räume	33 Räume je 40-45 m ²			EG / OG	nein	<p>Beratungsräume nicht vor Ort, sondern Vermittlung über einen Ansprechpartner vor Ort</p> <p>Unterstützung von umliegenden Bezirken notwendig, um Bedarf zu decken</p> <p>personelle Ressourcen/Räume/Ausstattung müssen finanziert werden</p> <p>(Größe und Anzahl abhängig von der Belegung, für die Durchführung wäre die SenBJF zuständig)</p>	Schulamt
--	-------	----------------------------------	--	--	---------	------	--	----------

Räume und Freiflächen für Kinderbetreuung

Kitabetreuung 10-11 m ² BGF/Platz; Freifläche mindestens 6m ² Nettopielfläche/Platz	Einrichtung	ca. 10-11 m ² BGF/Platz + mind. 6 m ² Nettopielfläche/Platz		742-817 m ² BGF plus mind. 444 m ² Nettopielfläche im Freien angrenzend an die Kitaräume	EG / OG	nein	<p>Gesamtbedarf abhängig von Anzahl der Kinder in Unterkunft.</p> <p>Es empfiehlt sich, im Vorfeld mit der Kitaaufsicht die Planungen abzustimmen.</p> <p>Schätzung für 1.500 Personen, die aktuell für den Standort gesprochen werden: Nach aktuellen Belegungssituationen bestehender Einrichtungen sind 15% der Schutzsuchenden Kinder unter 7 Jahre, dies wären dann 225 unter 7 Jährige, davon werden dann wiederum 33% in Kindertagesbetreuung gefördert, was 74 Kitaplätzen entspricht. Dafür werden pro Platz 10-11m² BGF benötigt, also 742-817m² im EG, max. über 2 Geschosse sowie zuzüglich mindestens 6m² NETTOspielfläche im Freien, angrenzend an die Räume der Kita.</p> <p>Organisation, Umsetzung und Finanzierung (wahrscheinlich über Kita-Gutschein) des Angebots muss durch das LAF erfolgen.</p>	Jugendamt
Gruppenwaschraum zum Zähneputzen für die Kita								Gesundheitsamt

Bereitstellung von Platz und Flächen für Bewegung, Sport, Spielplatz etc.

Räume für Sportangebote: Gymastikraum/Tanzraum sowie Sport- und Fitnessraum	Sport- und Bewegungsräume	50	100	100-200	EG / OG	nein	<p>explizite Zeifenster nur für Frauen mifdenken</p> <p>wichtig sind auch Frischluftzufuhr zusätzlich zum Raumbedarf Fläche für sanitäre Ausstattung, Umkleiden und erste Hilfe</p> <p>grobe Richtwerte für Planungszwecke: 1m² pro Person, bis 5 m² pro Fitnessgerät, für einen einfachen Gymnastikraum (Freifläche) mind. 50 m²</p>	OPK
Freiflächen für Sportangebote								

Räume für Gesundheitsleistungen für Geflüchtete

Ressourcen jeglicher Art sind aufgrund der Zuständigkeit vom LAF zu stellen

Arztzimmer (Gynäkologie/Kinderheilkunde/Infektionsschutz)	medizinisches Untersuchungszimmer	25	30	25-30	EG	wünschenswert	angrenzend an den Vorbereitungsraum mit Verbindungstür und eigener Eingangstür, Untersuchungsliege, Gynäkologiestuhl, Ultraschallgerät, Kühlschranks, PC/Drucker mit Anschluss an das Landesnetz	Gesundheitsamt
Vorbereitungsraum med. Fachangestellte	medizinisches Untersuchungszimmer	15	20	15-20	EG	wünschenswert	angrenzend an das Arztzimmer mit Verbindungstür und eigener Eingangstür, Hörtest, Sehtest, Blutentnahme, PC/Drucker mit Anschluss an das Landesnetz	Gesundheitsamt
Wartebereich	Aufenthaltsraum	25	30	25-30	EG	wünschenswert	nah an den Untersuchungsräumen	Gesundheitsamt
Stilzimmer		12	15	12-15				Gesundheitsamt
Gruppenraum		30	35	30-35			Schulungen zur sexuellen Gesundheit	Gesundheitsamt

Isolationsräume mit eigenem Sanitär und isolierter Möglichkeit der Nahrungsaufnahme		mind. 5 Räume						Geflüchtete müssen unter Umständen bei ansteckenden Krankheiten eine Zeit lang isoliert untergebracht werden. Raumsituation sollte auch familieneeignet sein.	Gesundheitsamt
---	--	---------------	--	--	--	--	--	---	----------------

weitere Bedarfsmeldungen

Psychiatriepraxis (Psychiater und Einzel- und Gruppentherapeut), ggf. auch im Rahmen einer Gemeinschaftspraxis	Praxis	250	300	250-300	EG / OG	nein	großer Bedarf im Bezirk an psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten	OPK
Weltschulhaus (kulturelles Angebot)	Räume/Einrichtung	1.000	1.000	1.000	EG / OG	nein	Träger: S27 - Schlesische27 Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche Berufsorientierungsangebote und Austausch zwischen (ehemals) geflüchteten Akademikern und jungen Flüchtlingen. Projekt zur Entwicklung von Zukunftsperspektiven Kooperation mit der Agentur für Arbeit geplant	Amt für Weiterbildung und Kultur
Sozialarbeiterisches Angebot: Kochen	Küche				EG / OG	nein	Die Erfahrung zeigt, dass der Wunsch selbst zu kochen besteht. Falls es aufgrund der Unterkunftsart nicht möglich ist, dass die geflüchteten Menschen sich selbst ihr Essen kochen können, wäre ein sozialarbeiterisches Kochangebot zu empfehlen.	Trägerrunde Werner-Düffmann-Siedlung
Waschküche/Waschmaschinen für Geflüchtete	Waschküche				EG / OG	nein		Gesundheitsamt

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Amt für Weiterbildung und Kultur
Gilberto-Bosques-Volkshochschule



BA Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin - VHS L - 10216 Berlin, Postfach 35 07 01

Dienstgebäude:
Frankfurter Allee 37, 10247 Berlin
Raum 1115
Tel. Durchwahl (030) 90 298-4680

maik.walter@ba-fk.berlin.de
www.vhs-fk.de

Datum: 12.02.2024

Zusätzliche VHS-Angebote in der geplanten Unterkunft Hasenheide

Für ein zusätzliches VHS-Angebot am zu planenden Standort Hasenheide gibt es die folgenden Szenarien: Alle Sprachkurse werden mit 15 Teilnehmer*innen kalkuliert, um niedrigschwellig zielgruppenadäquat agieren zu können. Die Sprachkurse sollen an 4 Tagen á 5 Unterrichtseinheiten (UE) mit Modulen von je 100 UE stattfinden. Pro Jahr werden 9 Module unterrichtet. Bei einer zu erwartenden Anzahl von 1.000-1.500 Geflüchteten wurden folgende Berechnungen zugrunde gelegt: 1000, 700, 500, 250 und 100 Teilnehmer*innen (TN) an den Kursen, die zeitgleich unterrichtet werden. Die Planung geht von 2 Kursschienen am Vormittag und am Nachmittag aus, wobei ein Kursraum doppelt genutzt werden kann. Die folgenden Tabellen zeigen die benötigten Ressourcen auf, wobei zusätzlich zu den entsprechenden Kursräumen ein Aufenthaltsraum für Teilnehmer*innen, ein Aufenthaltsraum für Kursleitungen und ein Büroraum einberechnet worden sind. Für das Jahr 2025 entstehen die folgenden Planzahlen:

1000 TN	750 TN	500 TN	250 TN	100 TN	Pro Jahr
67	50	34	17	7	Anzahl der Kurse
37	28	20	12	7	Anzahl der Räume (inkl. 3 Räumen für Lehrkräfte, TN und Verwaltungsbüro)
603	450	306	153	63	Modulanzahl
60300	45000	30600	15300	6300	Kursanzahl
3.532.735,80 €	2.636.370,00 €	1.792.731,60 €	896.365,80 €	369.091,80 €	Honorarkosten
446.800 €	367.000 €	223.400 €	144.000 €	72.000 €	Personalkosten Administration
400.000 €	300.000 €	200.000 €	100.000 €	40.000 €	Sachkosten für den Unterricht
4.379.535,80 €	3.303.370,00 €	2.216.131,60 €	1.140.365,80 €	481.091,80 €	Gesamtkosten

Wenn die Räume, Reinigung und Wachschatz nicht durch die zu planende Unterkunft gestellt werden, entstehen weitere Kosten:

1000 TN	750 TN	500 TN	250 TN	100 TN	Pro Jahr
488.400 €	369.600 €	264.000 €	158.400 €	92.400 €	Mietkosten (55qm große Räume á 20 € pro qm)
111.000 €	84.000 €	60.000 €	36.000 €	21.000 €	Reinigung
48.840 €	36.960 €	26.400 €	15.840 €	9.240 €	Hausmeister
28.860 €	21.840,00 €	15.600 €	9.360 €	5.460 €	Schließdienst
80.640 €	80.640 €	80.640 €	80.640 €	80.640 €	Sicherheitsdienst
370.000 €	280.000 €	200.000 €	120.000 €	70.000 €	Ausstattung
1.127.740 €	873.040 €	646.640 €	420.240 €	278.740 €	Gesamtkosten der Anmietung
5.507.276 €	4.176.410 €	2.862.772 €	1.560.606 €	759.832 €	Gesamtkosten Raum, Sachkosten, Honorar und Kalkulation

Neben den Sprachkursen können auch Wegweiskurse zur Erstorientierung im Bezirk in den Herkunftssprachen angeboten werden. Dafür werden weitere **100.000 € für Honorarmittel** benötigt.

Maik Walter

Direktor der Volkshochschule



Modellprojekt Hasenheide 23-27

Bedarfe und Ideen für die Ausgestaltung der Einrichtung und ihrer Angebote, die sozial-räumliche Verankerung und den kooperativen Planungsprozess

Ergebnisse des integrierten Abstimmungsprozesses im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (fachämterübergreifend und mit Akteuren vor Ort)

Das Gebäude in der Hasenheide 23-27 liegt im selben Block direkt an der Werner-Düttmann-Siedlung, in der etwas weniger als 3.000 Menschen leben, so dass mit der Belegung der geplanten Unterkunft von bis zu 1.500 Menschen die Anwohnerzahl in der unmittelbaren Nachbarschaft um etwa die Hälfte ansteigen würde.

Durch die Nähe zu den kriminalitätsbelasteten Orten und Drogenhotspots (Park Hasenheide, Kottbusser Tor, Hermannplatz) wären hier insbesondere unbegleitete minderjährige Geflüchtete besonderen Gefahren ausgesetzt.

Von 2005 bis 2020 war hier das kleinste Quartiersmanagement-Gebiet Berlins verortet, die sozio-ökonomische Lage der Bewohnenden ist weiterhin prekär: der Anteil der Arbeitslosen nach SGB II (31.12.2022) beträgt 53,6 %, der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II (31.12.2022) liegt bei 62,1 %.

Städtebaulich ist die Siedlung vom umgebenden Gründerzeitviertel mit vorwiegend privilegierter Bewohnerschaft isoliert. Die Werner-Düttmann-Siedlung galt bereits in den 1990er Jahren als sogenannter „Brennpunkt“, auch heute noch ist der Sozialraum stigmatisiert.

Hinzu kommt, dass die sozialen Einrichtungen vor Ort schon jetzt überlastet sind; so gab es Ende 2022 eine Strategiekonferenz der freien Träger vor Ort, um auf die schwierige Situation und andauernde Überlastung des Personals aufmerksam zu machen. Die Regelfinanzierung zentraler Angebote ist nicht ausreichend.

Bei den Trägern vor Ort ist trotz aller Herausforderungen eine große Bereitschaft vorhanden, die Situation der geflüchteten Menschen sowie das Zusammenleben aller Menschen im Sozialraum im positiven Sinne mitzugestalten.

Vor dem Hintergrund dieser Voraussetzungen ist der Standort insgesamt eher als ungünstig zu bewerten. Daher ist es aus bezirklicher Perspektive notwendig, den Sozialraum im Rahmen der Planung der Unterkunft mitzudenken und die dort vorhandenen Potenziale zu stärken und zu nutzen. Das Gebäude soll nicht als Solitär im Quartier in Erscheinung treten. Hier soll die Chance genutzt

werden, die soziale Infrastruktur am Standort deutlich zu stärken und damit das Angebot sowohl für die Geflüchteten als auch für die Bezirksregion und die Nachbarschaft zu erhöhen.

Ein Modellprojekt Unterkunft Hasenheide könnte zeigen, wie die Unterbringung und das Ankommen der Geflüchteten auch unter schwierigen Bedingungen gelingen kann und gleichzeitig positive Impulse für die Nachbarschaft bringt. Dafür sind langfristige finanzielle Ressourcen für zentrale Einrichtungen im Sozialraum wie auch für neue Angebote in der Unterkunft nötig.

In der nachhaltigen Nutzung und Förderung des Engagements im Sozialraum liegt ein großes Potenzial für die Integration und Teilhabe der geflüchteten Menschen – sowohl übergangsweise im Gebiet also auch langfristig in der (Stadt)Gesellschaft.

Ressourcen

Um die Bedarfe der Geflüchteten zu decken, ist es notwendig, dass das LAF umfangreiche Ressourcen für soziale Angebote bereitstellt. Dazu zählen, wie beschrieben, eine langfristige finanzielle Unterstützung der Regelstrukturen vor Ort sowie zusätzliche Angebote. Andernfalls ist eine gelungene Integration der Geflüchteten schwer umzusetzen. Auch die Einbindung der Unterkunft in den Sozialraum wäre gefährdet.

- Es wird eine langfristige Aufstockung der Finanzierung der Regelangebote benötigt (v.a. Nachbarschaftsangebot „Dütti-Treff“ sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen).
- Es könnte ein „Sozialraum-Fonds“ eingerichtet werden (in Anlehnung an das BENN-Programm). Er wäre eine zusätzliche Möglichkeit zur Finanzierung neuer Projekte, die auch partizipativ mit den Bewohnenden der Einrichtung und der Nachbarschaft entwickelt werden könnten und auch auf aktuelle Bedarfe eingehen.

Planungsprozess

Für den weiteren Planungsprozess ist eine integrierte und fachübergreifende Planung notwendig, mit einer Kooperation von Senats- und Bezirksverwaltung sowie der Einbindung der Akteure im Sozialraum. Darüber hinaus sollte über das weitere Verfahren frühzeitig und transparent kommuniziert werden.

- Insbesondere die Trägerrunde Düttmann-Siedlung soll in den weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess eingebunden werden.
- Es wird empfohlen Expert*innen, die über ausgewiesene Expertise zu Geflüchtetenunterkünften und der Situation von Geflüchteten im Allgemeinen verfügen, zu konsultieren („Best-Practice“). Dazu gehören z.B. selbst geflüchtete Menschen, die KUB, das Refugio, der Flüchtlingsrat Berlin und andere.
- Auch ökonomisch starke Player im Sozialraum sollten in den weiteren Prozess eingebunden werden, um weitere Ressourcen und Unterstützungsmöglichkeiten zu akquirieren.

- Wichtig ist die Abstimmung mit und die Einbindung des angrenzenden Bezirks Neukölln. Denn zur Sicherstellung der Versorgung der Geflüchteten sowie für die sozialräumliche Einbettung braucht es bezirksübergreifende Unterstützung (z.B. Willkommensklassen).
- Über die Planungen sollten Anwohnende und Akteure vor Ort frühzeitig und konstant informiert werden, zum Beispiel im Rahmen von Veranstaltungen.

Gebäude

Insgesamt sind 600 m² für soziale Infrastruktur/Angebote in der Einrichtung sehr wenig, und zwar sowohl im Verhältnis zur Gesamtfläche von 32.000 m² als auch im Verhältnis zur Anzahl der voraussichtlich in der Einrichtung lebenden Menschen.

Die Interaktion mit der Nachbarschaft soll durch die gemeinsame Nutzung von Räumen und Angeboten im Gebäude und im Außenbereich ermöglicht werden.

- Mehrfachnutzungsoptionen sind an diesem Standort zu prüfen, um die verfügbare Fläche bestmöglich zu nutzen. Doch auch wenn die Räume mehrfachgenutzt werden können, ist die Fläche zu gering. Für einige Angebote, z.B. für Kinder und Familien, braucht es Räume, die nicht mehrfach genutzt werden.
- Der Zugang zu einem öffentlichen Bereich, der sowohl von Bewohner*innen der Unterkunft als auch von Bewohner*innen der Nachbarschaft genutzt werden kann, soll ohne Passkontrolle oder andere Barrieren (z.B. Zäune) erfolgen. Ein offener, möglichst einladender Charakter ist erwünscht.
- Die öffentlichen Flächen sollen zentral und von der Straße aus gut sichtbar und barrierefrei erreichbar sein.
- Der Schallschutz in Gemeinschaftsräumen soll geprüft werden.
- Höfe sollen von unterschiedlichen Gebäudeflügeln im EG erreichbar werden.
- Das Schulamt, das Jugendamt, das Gesundheitsamt sowie das Amt für Weiterbildung und Kultur geben zu bedenken, dass die Folgebedarfe der Unterkunft nicht im angrenzenden Sozialraum verortet werden können, da deren Versorgungskapazitäten in dieser Region bereits an die Grenzen stoßen bzw. bereits defizitär sind und keine weiteren Raumpotenziale im Sozialraum verfügbar sind. Daher müssen Kinderbetreuung, Jugendfreizeitangebote, Willkommensklassen, Integrations-/Deutschkurse sowie die medizinische Basisversorgung für die Geflüchteten (z.B. MedPoint) innerhalb der Unterkunft verortet werden.
- Wie besonders vulnerable Gruppen (Kinder und Jugendliche, FLINTA*, LGBTIQ*, religiöse Minderheiten usw.) zu schützen sind und ob es Konzepte sowie Angebote für spezifische Zielgruppen geben soll, ist zu bedenken.

Außenfläche

- Möglichkeit, die drei Höfe für unterschiedliche Zielgruppen zu gestalten.
- Möglichkeit der Partizipation bei der Umgestaltung der Freiflächen (Pflanz- und Bauaktionen, Gestaltung, Pflege).

- Kreative Gestaltung der Außenanlagen mit Spielbereichen für Kinder unterschiedlicher Altersgruppen (Spielplatz, Bauspielplatz, Sandkasten, Wasser).
- Neugestaltung von Wegen, Sitzmöbeln und Aufenthaltsflächen im Außenbereich (Pergola, Wiese, Sitzgelegenheiten).
- Aufwertung der Grünflächen und Bepflanzung in den drei Höfen.
- Sport- und Bewegungsangebote - Sportflächen und Sportgeräte (Calisthenics/Sportbox /Ausleihstation).
- Keine weitere Versiegelung
- Neugestaltung des Gebäudeeingangs und des Vorplatzes - Sitzgelegenheiten, Bepflanzung Fahrradständer.
- Das Außengelände der Kita und des Familienzentrums grenzt direkt an das Außengelände (Innenhöfe) der Einrichtung. Chancen und Risiken müssen berücksichtigt werden. Als Risiken werden Lautstärke, Müllentsorgung und schutzbedürftige Kinder in der Kita genannt. Insbesondere sollte keine Raucher*innenecke in unmittelbarer Nähe zum Kitagelände entstehen. Eine Kooperation zwischen dem Familienzentrum und der Geflüchteteinrichtung sollte aufgebaut werden.

Gestaltung der Lebensumstände der Geflüchteten

Die Selbstständigkeit der Geflüchteten in der Gestaltung des Alltags soll bestmöglich gewährleistet werden.

- Selbst kochen können ist sehr wichtig (aber rechtlich in der Unterkunft nicht möglich). Gemeinsames Kochen sollte dennoch als sozialarbeiterisches Angebot in die Unterkunft (oder ggf. in den Sozialraum) integriert werden.
- Großraumküche und Catering bieten die Möglichkeit, Ausbildungsprojekte mit Geflüchteten zu fördern. Die Verpflegung könnte beispielsweise auch von dem sozialen Träger SumSum umgesetzt werden (Catering-Unternehmen, gegründet und geführt von und mit Geflüchteten, das idealerweise bei der Ausschreibung zur Cateringvergabe für die Geflüchtetenunterkunft Hasenheide berücksichtigt werden sollte).
- Die Menschen in der Unterkunft müssen ggf. auch geschützt werden. Die Auswahl einer geeigneten Security-Firma ist hier sehr wichtig (bei bestimmten Dienstleistungen ist die Entstehung einer Schattenwirtschaft mitzubedenken).
- Um die Inklusion von geflüchteten Menschen mit Behinderung sicherzustellen, ist die Bereitstellung von zielgruppenspezifischen Angeboten (z.B. Beratung, Bewegung) notwendig.
- Es sollte Kultur- und Kreativangebote für die Geflüchteten in der Unterkunft eingerichtet werden, z.B. für Musik, Tanz, Kunstangebote etc.
- Peer-to-Peer-Ansätze & Patenschaften werden wichtig sein, um Menschen in ihrem Alltag begleiten zu können. Lots*innen-Projekte haben sich in der Vergangenheit bewährt, z.B. zur Begleitung zu Ärzt*innen oder Ämtern. Der Bedarf an Übersetzungsleistungen und mehrsprachigen Ansätzen und Angeboten wird hoch sein; Übersetzungsressourcen können ggf. auch aus den angrenzenden Sozialräumen erschlossen werden. Daher sollten Ressourcen für die Koordination von Ehrenamt/ freiwilligem Engagement bereitgestellt werden.

- Für die Geflüchteten sind offene und niedrigschwellige Angebote/Strukturen in der Nachbarschaft wichtig, um Perspektiven und Möglichkeiten zu eröffnen, ihr Leben aktiv gestalten zu können.

Zusammenspiel von Einrichtung und Nachbarschaft

Im Sinne der Teilhabe und des sozialen Zusammenhalts ist eine Öffnung der Unterkunft in den Sozialraum anzustreben. Die Bewohnenden der Unterkunft sollen den Sozialraum für alltägliche Aktivitäten und Freizeit nutzen und soziale Infrastrukturen außerhalb der Einrichtung in Anspruch nehmen können.

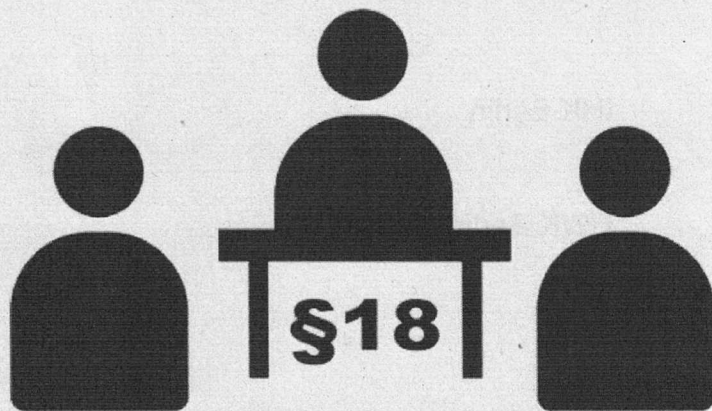
Die Unterkunft findet voraussichtlich mehr Akzeptanz, wenn die Nachbarschaft auch einen Gewinn (z.B. soziale Angebote sowie Nutzung von Außenflächen) für sich wahrnimmt. Auch fördert es den Austausch und somit die Integration, wenn Geflüchtete und Anwohner*innen in einem positiven Kontext in den Austausch kommen und die Unterkunft nicht isolierend wirkt.

Eine Reihe von Ideen und Ansätzen können geeignet sein, um das Zusammenspiel von Sozialraum und Einrichtung zu ermöglichen:

- Öffnung der in der Einrichtung bereits bestehenden Kantine auch für die Nachbarschaft, z.B. durch ein bezahlbares Mittagstischangebot.
- VHS-Angebote in der Einrichtung sollten offen für alle sein und eine breite Themenauswahl bieten (kreative Bildungsräume der VHS als Chance für Begegnung und Erfahrung von Selbstwirksamkeit).
- Angebote/Versorgungsstrukturen für den Sozialraum könnten im Sinne einer Mischnutzung in der Unterkunft untergebracht werden. Es werden z.B. Kinderärzte benötigt, die Versorgung mit Kinderärzten ist im Sozialraum schon aktuell defizitär. Darüber hinaus könnte Wohnraum mitgedacht werden.
- Denkbar wären gemeinsame, kooperative Projekte der vor Ort tätigen Träger, auch im Sinne einer positiven Außenwirkung der Siedlung, z.B. ein Lots*innen-Projekt.
- Mit der Einbindung des Ehrenamts sind große Potenziale verbunden. Die Einbindung von ehrenamtlichem Engagement aus dem Stadtteil benötigt aber kompetente Koordinations- und Vermittlungsstrukturen, auch im Gebäude (Personal, Räume), sonst können Freiwilligenagentur und Patenschaftsprojekte nicht andocken. Gleichzeitig kann das Ehrenamt alleine nicht die einzige Lösung sein. Die Regelangebote und zusätzliche zentrale Angebote müssen (aus)finanziert werden.
- Die Schaffung niedrigschwelliger Begegnungsangebote ist sehr wichtig.
- Die mobile Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist ein wichtiger Ansatz, um diese Zielgruppen zu erreichen und in den Sozialraum einbinden zu können.
- Rassismus ist ein bereits bestehendes und nicht zu unterschätzendes Problem, das den sozialen Zusammenhalt der Menschen in der Einrichtung und den sozialräumlichen Zusammenhalt insgesamt stark belasten könnte (interkultureller Rassismus; Anti-Schwarzer Rassismus, usw.). Hierzu sollten Expert*innen konsultiert werden, wie z.B. die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, EOTO e.V.

Jobcenter Berlin Friedrichshain-
Kreuzberg

Beirat des Jobcenters Berlin Friedrichshain- Kreuzberg



Direkt zur Kontaktinformation [↓](#)

Bei jeder gemeinsamen Einrichtung nach § 44b SGB II wird ein Beirat gebildet. Der Beirat berät die Einrichtung bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und -maßnahmen. Die Stellungnahmen des Beirats, insbesondere diejenigen der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hat die gemeinsame Einrichtung zu berücksichtigen. Die Trägerversammlung berät die Mitglieder des Beirats auf Vorschlag der Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes, insbesondere den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie den Kammern und berufsständischen Organisationen.

Aktuell sind folgende Personen im Beirat vertreten:

Name und Funktion im Beirat	Institution	Stellvertreter/-in
Oliver Hoch – Vorsitzender des Beirats	UvB Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.	Jörg Lissan
Manfred Oberüber – stellv. Vorsitzender des Beirats	DGB Berlin-Brandenburg	Robert Schwarze
Marcus Pleyer – Mitglied des Beirats	Paritätischer Wohlfahrtsverband	Christian Peth
Jan Bruns	IHK Berlin	Julian Algner
Dr. Martin Altemeyer-Bartscher – Mitglied des Beirats	HWK Berlin	
Magnus Heise – Mitglied des Beirats	BVV Friedrichshain-Kreuzberg	Maria Haberer
Frau Anna Kuntze	Migrationsbeirat	Jana Erhardt

Kontakt

Jobcenter Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

Gemeinsame Einrichtung der Agentur für Arbeit Berlin-Mitte und des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

📍 Landsberger Allee 50/52
10249 Berlin

📞 Tel.: (030) 5555 44 - 2222

Nell, Sahra

Von: Stadtrat.Noell
Gesendet: Dienstag, 14. Mai 2024 14:19
An: Nell, Sahra
Cc: Partizipationsbüro; Stadtrat.Noell; Hähnel, A.
Betreff: Beirat des Jobcenters Berlin Friedrichshain-Kreuzberg / Vertretung des Beirates PartInt
Anlagen: 2023 01 05_Änderung der Vertretung Beirat PartInt.pdf

Liebe Frau Nell,

in der Rücksprache mit Herrn Nöll am 3. Mai ging es auch um den Platz im **Beirat des Jobcenters Friedrichshain-Kreuzberg**, der für eine*n Vertreter*in des Migrationsbeirates vorgesehen ist.

Siehe dazu den unten stehenden Mailverkehr, in dem die Gründe dargelegt sind, warum die ursprünglich Anfang vergangenen Jahres vorgeschlagenen Träger nicht benannt werden können.

Der Beirat tagt aktuell vierteljährlich in Präsenz jeweils von 14 bis 16 Uhr, die nächsten Termine sind am 3.7. sowie am 9.10.2024.

Wir freuen uns, wenn die Besetzung des Platzes im nächsten Migrationsbeirat nochmals thematisiert werden könnte. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und beste Grüße,

Romana Wittmer

Von: Stadtrat.Noell <stadtrat.noell@ba-fk.berlin.de>
Gesendet: Mittwoch, 18. Januar 2023 14:32
An: Partizipationsbüro <Partizipationsbuero@ba-fk.berlin.de>
Cc: Hähnel, A. <A.Haehnel@ba-fk.berlin.de>; Stadtrat.Noell <stadtrat.noell@ba-fk.berlin.de>
Betreff: Ihr Vorschlag für die neue Vertretung und Stellvertretung im Beirat des Jobcenters Friedrichshain-Kreuzberg / Änderung der Vertretung des Beirates für Partizipation und Integration / Ihr Schreiben vom 05.01.2023

Sehr geehrte Frau Erhardt,

ich bedanke mich für die Übermittlung Ihrer Vorschläge und freue mich, dass der vakante Platz für den ehemaligen Migrationsbeirat wiederbesetzt werden soll.

Sie schlagen als neue Vertreter*in TIO e. V. und als dessen Vertretung das BWK Bildungswerk Kreuzberg vor.

Gemäß § 18d S. 4 SGB II dürfen Vertreterinnen und Vertreter von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarkts, **die Eingliederungsleistungen nach dem SGB II anbieten, jedoch nicht Mitglied des Beirates sein.** Grund hierfür ist die Vermeidung eines möglichen Interessenkonflikts. Bei Ihrem Vorschlag war insofern zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Institutionen TIO e.V. und das BWK Bildungswerk in Kreuzberg GmbH Vertreter von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes sind, die Eingliederungsleistungen nach dem SGB II anbieten. Sofern diese nun als Vertreter berufen würden und nachträglich Eingliederungsleistungen anbieten, würden sie unter die **Verbotsklausel** fallen.

Mit dem BWK gab es bereits eine Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und wird es in Zukunft höchstwahrscheinlich erneut geben. Auf der Internetseite des BWK werden alle Berliner Jobcenter als

Auftraggeber benannt. Insofern bestehen hier **rechtliche Bedenken**. Zum TIO e. V. habe ich keine entsprechenden Informationen, ob **Eingliederungsleistungen nach dem SGB II** angeboten werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, die Problematik innerhalb des Beirats für Partizipation und Integration zu erörtern und ggf. vom Wunsch der Berufung des/der genannten Träger zurückzutreten und einen neuen Vorschlag zu unterbreiten.

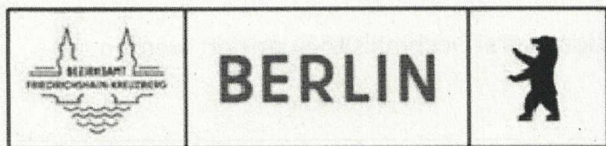
Für Fragen ist Frau Hänel gern Ihre Ansprechpartnerin.

Beste Grüße,

Oliver Nöll

Stellvertretender Bezirksbürgermeister
Bezirksstadtrat für Arbeit, Bürgerdienste und Soziales

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin
Telefon: +49 30 902 98-26 01
Mobil: +49 170 632 70 95
E-Mail: oliver.noell@ba-fk.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg>



Von: Partizipationsbüro <Partizipationsbuero@ba-fk.berlin.de>

Gesendet: Freitag, 6. Januar 2023 10:24

An: Stadtrat.Noell <stadtrat.noell@ba-fk.berlin.de>

Cc: Hänel, A. <A.Haehnel@ba-fk.berlin.de>; Nell, Sahra <sahra.nell@ba-fk.berlin.de>

Betreff: Beirat des Jobcenters Berlin Friedrichshain-Kreuzberg / Änderung der Vertretung des Beirates PartInt

Sehr geehrter Herr Nöll,
zunächst möchte ich Ihnen und Ihren Kolleg*innen ein guten Start ins neue Jahr wünschen!

Als Geschäftsstelle des Beirates für Partizipation und Integration F-K teile ich Ihnen in Ihrer Funktion als Vorsitzende der Trägerversammlung mit, dass der Beirat für Partizipation und Integration F-K- im Beirat des Jobcenters F-K- nicht mehr von Anna Kuntze (ehemalige Integrationsbeauftragte) sondern von neuen Mitglieder vertreten wird (s. Schreiben im Anhang). Ich bitte um Vorlage der Änderungsmitteilung an die Trägerversammlung ggf. um Beschlussfassung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jana Erhardt

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
Abteilung Finanzen, Personal, Wirtschaft, Kultur und Diversity
-Partizipationsbüro-
Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin
Telefon: +49 30 90298-2643

Jana Erhardt (PB4)

App. 2643

An
Oliver Nöll
Vorsitz der Trägerversammlung

Mitgliedschaft im Beirat des Jobcenters Friedrichshain-Kreuzberg / Änderung der Vertretung des Beirates für Partizipation und Integration

Der Beirat für Partizipation und Integration Friedrichshain-Kreuzberg (Beirat PartInt) ist an einer Mitarbeit im **Beirat des Jobcenters Friedrichshain-Kreuzberg** interessiert. Folgende Mitglieder werden als neue Vertreter*in des Beirates PartInt für die Teilnahme an den Sitzungen des Beirates des Jobcenters Friedrichshain-Kreuzberg vorgeschlagen

1. TIO e.V. vertreten durch Sermin Doğanay als festes Mitglied
2. BWK BildungsWerk in Kreuzberg GmbH vertreten durch Nihat Sorgec als stellvertretendes Mitglied

Es wird um die Aufnahme der neuen Mitglieder durch die Trägerversammlung gebeten.

i.A.
Geschäftsstelle des Beirates für Partizipation und Integration